

Agglomerationskommission
des Stadtrats von Bern

Agglomerationspolitik

Schlussbericht zur Tagung
vom 31. Oktober 2008
im Schloss Köniz

(Kurzfassung)

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	3
2.	Referate zur Agglomerationspolitik.....	4
2.1	Kantonale Kulturstrategie und regionale Kulturförderung	4
2.2	Umsetzung SARZ: Die Region Bern-Mittelland auf dem Weg zur Regionalkonferenz ...	5
2.3	Interkantonales Städtenetz: Vom Espace Mittelland zum Grossraum Bern.....	7
3.	Workshops zur Agglomerationspolitik.....	9
3.1	Workshop I: Einführung in die kantonale Agglomerationsstrategie SARZ.....	9
3.2	Workshop II: Kulturstrategie für den Kanton Bern und regionale Kulturförderung	10
3.3	Workshop III: Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit im Raum Bern	11
4.	Würdigung durch die Teilnehmer/innen	13
5.	Fazit und Ausblick der Agglomerationskommission	15

1. Einleitung

Bereits zum vierten Mal führte die Agglomerationskommission des Stadtrats von Bern im Herbst eine Tagung zum Thema Agglomerationspolitik durch. Die Veranstaltung fand am 31. Oktober 2008 im Schloss Köniz und damit wie im Vorjahr in einer Regionsgemeinde statt. Rund 40 Personen nahmen am Anlass teil. Anwesend waren

- 21 Parlamentsmitglieder aus den Gemeinden Köniz, Münchenbuchsee, Münsingen, Muri, Ostermundigen, Worb und Zollikofen
- Mitglieder der stadträtlichen Agglomerationskommission
- Mitglieder des Stadtrats
- Vertreter/innen des Ratssekretariats und der Abteilung für Stadtentwicklung
- das kantonale Amt für Kultur
- die Behördendelegation des Projekts BernPlus
- das Netzwerk Espace Mittelland.

Die Teilnehmenden wurden vom Parlamentspräsidenten der Gastgebergemeinde begrüsst. Martin Graber wies in seinen Eröffnungsworten darauf hin, dass Köniz als grösste Agglomerationsgemeinde der Schweiz der ideale Ort für eine Agglomerationstagung und gleichzeitig ein positiver Modellfall für eine Agglomeration sei. Die Gemeinde besitzt städtische Gebiete (Wabern, Liebefeld, Zentrum Köniz) und erreicht sowohl von der Anzahl Einwohner wie der Arbeitsplätze städtische Werte. Zu Köniz gehören aber auch grosse ländliche Gebiete in über 20 weiteren Ortschaften, die sozusagen eine eigene Könizer Agglomeration bilden. Diese heterogene Struktur ist ein wesentliches Element der kommunalen Identität und wird entsprechend geschätzt. Weiteren Zusammenschlüssen zu grösseren Einheiten steht der Könizer Palamentspräsident eher skeptisch gegenüber, eine engere und bessere Zusammenarbeit wird dagegen begrüsst. Kernstadt und Regionsgemeinden stehen vor gemeinsamen Herausforderungen, die auch gemeinsam angegangen und gelöst werden müssen.

Anschliessend richtete Jacqueline Gafner Wasem als Präsidentin der stadträtlichen Agglomerationskommission einige Begrüssungsworte an die Tagungsteilnehmer/innen und skizzierte den Ablauf der Veranstaltung. Am Vormittag standen drei Referate zur aktuellen Entwicklung der Agglomerationspolitik im Kanton Bern auf dem Programm:

- Jacqueline Strauss, Leiterin der Abteilung Kulturförderung im kantonalen Amt für Kultur, informierte über die Kulturstrategie des Kantons und ihre Auswirkungen auf die künftige regionale Kulturförderung im Rahmen der Regionalkonferenz (RK)
- Beat Giaouque, Gemeindepräsident von Ittigen und Leiter der Behördendelegation des Projekts Bernplus, orientierte über Organisation und aktuellen Stand der Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der RK Bern-Mittelland
- Christian Cappis, Geschäftsführer des Netzwerks Espace Mittelland, stellte den Teilnehmer/innen unter dem Titel „Vom Espace Mittelland zum Grossraum Bern“ das interkantonale Städtenetz Bern-Thun-Freiburg-Solothurn vor, das als Konzept für eine nachhaltige Raumentwicklung (Modellvorhaben Agglomerationspolitik) vom Bund gefördert wird.

Im vorliegenden Bericht werden die Ergebnisse der Veranstaltung in knapper Form dargestellt. Zusätzlich finden sich im Anhang die Zusammenfassungen der drei Beiträge, die von den externen Referent/innen beigesteuert wurden. Ihnen und sämtlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern dankt die Agglomerationskommission für die Unterstützung und die Mitarbeit.

2. Referate zur Agglomerationspolitik

2.1 Kantonale Kulturstrategie und regionale Kulturförderung

Referat von Jacqueline Strauss, Leiterin Abt. Kulturförderung des kantonalen Amtes für Kultur (siehe Anhang 1)

Kulturförderung im Kanton Bern

Die kantonale Kulturförderung arbeitet mit drei klassischen Instrumenten: einmalige Beiträge an Kulturprojekte (die Beiträge werden subsidiär ausgerichtet), Auszeichnung von Kunstschaaffenden durch die kantonalen Kulturkommissionen und wiederkehrende Beiträge an Institutionen, deren Höhe sich nach einem gesetzlich festgelegten prozentualen Verteilungsschlüssel richtet. Das gesamte Kulturbudget des Kantons belief sich für das Jahr 2008 auf rund 53 Mio. Franken. Davon sind 7 Mio. Franken für einmalige Beiträge vorgesehen, 1 Mio. Franken steht für Auszeichnungen und Preise zur Verfügung und der mit 45 Mio. Franken weitaus grösste Teil geht an die kulturellen Institutionen. Von diesen Beiträgen profitieren die grossen Institutionen wie Stadttheater, Historisches Museum und Zentrum Paul Klee ebenso wie eine Vielzahl von kleineren Institutionen im ganzen Kantonsgebiet.

Auf dem Weg zu einer kantonalen Kulturstrategie

Im Januar 2008 verabschiedete der Regierungsrat den Entwurf einer Kulturstrategie des Kantons Bern zuhanden eines breiten Konsultationsverfahrens, in dem Städte, Gemeinden und Institutionen bis Mitte Mai 2008 Stellung zu den künftigen kulturpolitischen Leitsätzen des Kantons nehmen konnten. Inzwischen ist die Strategie aufgrund der Eingaben überarbeitet worden und wird dem Regierungsrat Ende 2008 zur Genehmigung unterbreitet. Im März 2009 soll der Grosse Rat davon Kenntnis nehmen. Anschliessend wird auf der Grundlage der Kulturstrategie die Revision des Kulturförderungsgesetzes in Angriff genommen mit dem Ziel, dem Grossen Rat 2012 das neue Gesetz zu unterbreiten. Als Ziele der kantonalen Kulturpolitik nennt die Strategie unter anderem die Sicherung von kultureller Identität und Kreativität durch ein breites Kulturschaffen, die Schaffung von optimalen Rahmenbedingungen für kulturelle Institutionen in den Städten ebenso wie in ländlichen Gebieten und die Förderung von kulturellen und musischen Fähigkeiten der jungen Menschen. Dadurch will sich der Kanton eine starke Position im interkantonalen und internationalen Standortwettbewerb schaffen.

Die Kulturstrategie setzt ihre Akzente bei der Stärkung der Kulturvermittlung (Projekt „Bildung und Kultur“), der Förderung des Kulturschaffens mittels Förderprogrammen und einer Neuregelung der Steuerung und Finanzierung der kulturellen Institutionen. Hinsichtlich der künftigen Finanzierung sah der Konsultationsentwurf die Varianten 1) direkte Finanzierung und Steuerung und 2) Globalbeitrag vor. Beide Modelle basieren auf einer Einteilung der kulturellen Institutionen in solche mit nationaler und internationaler Ausstrahlung, in solche in einer Zentrumsstadt mit überregionaler Ausstrahlung und Institutionen von regionaler Bedeutung ausserhalb der Zentrumsstadt. Variante 1) sieht vor, dass die Institutionen in den Zentrumsstädten mit überregionaler Ausstrahlung zu 40% direkt vom Kanton, zu maximal 50% von den Sitzgemeinden und zu mindestens 10% durch die RK-Gemeinden finanziert werden. Variante 2) dagegen schlägt die Ausrichtung eines Globalbeitrags an die RK vor, die anschliessend über die Mittelverwendung beschliesst.

Regionale Kulturförderung im Rahmen der RK

Bisher wurden die Aufgaben der regionalen Kulturförderung von der Regionalen Kulturkonferenz (RKK) übernommen. Rechtlich basiert sie auf dem Kulturförderungsgesetz und der RKK-Verordnung. Gemäss dem revidierten Gemeindegesetz wird die regionale Kulturförderung nun neu an die RK übertragen, sofern die Stimmberechtigten der Einführung einer RK Bern-Mittelland zustimmen. In diesem Fall werden die RK und ihre entsprechenden Organe künftig die Verhandlungen mit den Kulturinstitutionen über die Subventionsverträge führen und über die Verträge beschliessen (unter Vorbehalt des fakultativen Referendums). Zudem nehmen Vertreter/innen der RK in den strategischen Gremien der Institutionen (Stiftungsräte, Betriebskommissionen) Einsitz und sind an den jährlichen Controllinggesprächen beteiligt.

2.2 Umsetzung SARZ: Die Region Bern-Mittelland auf dem Weg zur Regionalkonferenz

Referat von Beat Giauque, Leiter Behördendelegation Projekt Bernplus (siehe Anhänge 2-4)

Rechtsgrundlagen von SARZ

Es ist der Wille des Kantons Bern und der Regionen, sich neu zu organisieren, um den verstärkten Ansprüchen nach regionaler Zusammenarbeit besser zu genügen und Voraussetzungen zu schaffen, damit die Gemeinden in einer effizienten und übersichtlichen Struktur die notwendige Zusammenarbeit verbindlich koordinieren können. In der Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 haben die Stimmberechtigten des Kantons Bern die entsprechenden Rechtsgrundlagen für die regionale Zusammenarbeit der Gemeinden in Form von Regionalkonferenzen (RK) mit deutlichem Mehr angenommen. Im Perimeter Bern-Mittelland stimmte die Mehrheit der Bevölkerung in 99 der 101 Gemeinden zu. Auf den 1. Januar 2008 sind nun die Rechtsgrundlagen (geändertes Gemeindegesetz, Verordnung über die Regionalkonferenzen, Verordnung über das Geschäftsreglement der Regionalkonferenzen) in Kraft getreten.

Projekt „Bernplus – Stadt und Land gemeinsam“

Bereits seit 2005 besteht das Projekt „Bernplus – Stadt und Land gemeinsam“. Es ist als Projekt der sieben bestehenden regionalen Organisationen im Perimeter der Region Bern-Mittelland organisiert (Planungsregionen Aaretal, Bern VRB, Gürbetal, Kiesental und Schwarzwasser sowie Regionale Verkehrskonferenz RVK 4 und Regionale Kulturkonferenz RKK Bern). Die Federführung liegt beim Verein Region Bern VRB. Ziel von Bernplus ist die Entwicklung der Zusammenarbeit in der Region Bern-Mittelland und die Vorbereitung der Einführung einer RK. Dazu braucht es an erster Stelle Vertrauensbildung zwischen den unterschiedlichen Partnern. Nur im Rahmen eines gemeinsamen Prozesses der 101 Gemeinden kann die Einführung der RK erfolgreich gestaltet werden.

An der Spitze der Projektorganisation Bernplus steht die Konferenz der 101 Gemeindepräsidenten. Die Präsidenten der beteiligten Organisationen bilden die Behördendelegation, die als Entscheidungsinstanz fungiert und von einer fachlichen Begleitgruppe beraten wird. Die sechsköpfige Projektleitung bearbeitet die Aufträge der Konferenz und leitet die fünf Teilprojekte Organisation, Ressourcen, Kommunikation, Erfolgsfaktoren der Region Bern-Mittelland und Neue Regionalpolitik (NRP). Im Rahmen dieser Teilprojekte sind inzwischen ein Entwurf des Geschäftsreglements der künftigen RK und ein Bericht zu den Stärken und Schwächen der Region erarbeitet und in die Vernehmlassung geschickt worden. Zudem werden Abklärungen zum Ressourcenbedarf der RK und zur Information der Gemeinden im Hinblick auf die regionale Volksabstimmung gemacht.

Finanziert wird das Projekt Bernplus über jährliche Gemeindebeiträge in der Höhe von 20 Rappen pro Einwohner/in und kantonale Mittel. Hinzu kommt finanzielle Unterstützung des Bundes, der das Projekt als Modellvorhaben Agglomerationspolitik des Bundesamtes für Raumentwicklung fördert. Die nächsten Meilensteine sind die Verabschiedung des Antrags an den Regierungsrat zur Durchführung der regionalen Volksabstimmung betreffend Einführung RK im Dezember 2008 und die Durchführung der 4. Konferenz der Gemeindepräsidenten am 30. Januar 2009. Falls sich eine Mehrheit der Stimmberechtigten und der Gemeinden am 17. Mai 2009 für die Einführung der RK Bern-Mittelland aussprechen, dann wird im Oktober 2009 die konstituierende Regionalversammlung stattfinden. Die Versammlung wird das Geschäftsreglement für die RK verabschieden und die notwendigen Wahlen vornehmen, damit die RK Bern-Mittelland am 1. Januar 2010 ihre Tätigkeit aufnehmen kann.

Regionalkonferenz Bern-Mittelland: Aufgaben und Struktur

Das revidierte Gemeindegesetz weist den RK vier obligatorische Aufgabenbereiche zu (siehe dazu Art. 141 GG vom 16. März 1998):

- Planung: Die bisher von den Regionen wahrgenommene regionale Richtplanung wird von der RK übernommen. Siedlungs- und Verkehrsentwicklung werden im Rahmen des Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) regional koordiniert. Die Gemeindeautonomie in der Nutzungsplanung bleibt aber erhalten.
- Verkehr: Der Bereich öffentlicher Verkehr wurde bisher regional im Rahmen der Regionalen Verkehrskonferenz (RVK) koordiniert. Diese Aufgabe übernimmt neu die RK.
- Kultur: Die Regionale Kulturkonferenz (RKK) überträgt ihre Aufgaben ebenfalls der RK. Sie beschliesst künftig über die Verträge mit den kulturellen Institutionen gemäss den Vorgaben des Kulturförderungsgesetzes.
- Neue Regionalpolitik (NRP): Die Bundesgesetzgebung überträgt den RK die Aufgaben im Bereich der NRP, die bisher von den Bergregionen wahrgenommen wurden. Die Agglomerationsgemeinden im Kern der RK Bern-Mittelland sind davon aber nicht betroffen.

Oberstes Organ der RK ist die Regionalversammlung, in der die Präsidentinnen und Präsidenten der 101 beteiligten Gemeinden Einsitz nehmen. Das Präsidium muss nicht zwingend der Versammlung angehören, aber in einer der RK-Gemeinden stimmberechtigt sein. Die Präsidentin oder der Präsident gehören der elfköpfigen Geschäftsleitung an, in der auch die Stadt Bern von Amtes wegen (mit doppelter Stimmkraft) Einsitz nimmt. Die Geschäftsleitung wird unter Berücksichtigung der Gemeindegrössen, der geografischen Sektoren sowie der Parteien- und Geschlechterverteilung zusammengesetzt. Sie ist in allen Kommissionen der RK vertreten und kann Anträge zu den Kommissionengeschäften zuhanden der Beschlussfassung in der Regionalversammlung stellen.

Es sind vier ständige Kommissionen der RK Bern-Mittelland in den Bereichen Raumplanung, Verkehr, Kultur und Regionalpolitik sowie ein gemeinsamer Ausschuss der Raumplanungs- und Verkehrskommission vorgesehen. Die Kommissionen werden mittels Reglement eingesetzt und haben in der Regel 11 Mitglieder, die von der Regionalversammlung gewählt werden. Dabei steht jedem geografischen Sektor ein Sitz zu, die Stadt Bern hat Anrecht auf mindestens zwei Sitze. In der Kulturkommission nimmt zusätzlich die Burgergemeinde Bern mit beratender Stimme und Antragsrecht Einsitz. Die Kommission Regionalpolitik hat 5 Mitglieder und wird zusätzlich durch die Begleitgruppe Regionalwirtschaft beraten und unterstützt. Die administrativen Aufgaben der RK obliegen der Geschäftsstelle, die von einer Geschäftsführerin oder einem Geschäftsführer geleitet wird. Über die Art der Anstellung oder die Vergabe eines Geschäftsführungsmandats beschliesst die Regionalversammlung. Die Geschäftsstelle führt das Personal der RK und von allfälligen Teilkonferenzen.

2.3 Interkantonales Städtenetz: Vom Espace Mittelland zum Grossraum Bern

Referat von Christian Cappis, Geschäftsführer Netzwerk Espace Mittelland (siehe Anhang 5)

Wirtschaftsraum Mittelland und Kantonale Regierungskonferenz

1994 gründeten die Kantone Bern, Freiburg, Solothurn und Neuenburg den Wirtschaftsraum Mittelland und positionierten sich damit als eigenständige Region zwischen den Wirtschaftsräumen Basel, Zürich und Bassin lémanique. Der Wirtschaftsraum Mittelland umfasste ein vergleichsweise grosses Gebiet und reichte von Aarau bis Yverdon. Im Rahmen dieses Espace Mittelland sind einige erfolgreiche Projekte realisiert worden: Lobbying für den Ausbau Neat-Lötschberg, Realisierung der S-Bahn Bern und der Expo 02 (zusammen mit dem Kanton Jura), Organisation der Zusammenarbeit der Universitäten Bern und Freiburg. Nachteilig wirkte sich allerdings aus, dass es sich beim Espace Mittelland um ein rein kantonales Projekt handelte und keine Verdichtung nach innen durch den Einbezug weiterer Akteure (beispielsweise Städte) erfolgte. Stattdessen wurden stetig mehr Kantone ins Projekt einbezogen und am Ende hatte sich aus dem Wirtschaftsraum eine Kantonale Regierungskonferenz mit sieben Kantonen entwickelt, die schliesslich 2005 aufgelöst wurde.

Entwicklung des Grossraums Bern: das interkantonale Städtenetz

Der Grossraum Bern muss sich in einem verstärkten Wettbewerb unter den städtisch geprägten Grossräumen in der Schweiz behaupten. Zudem wird er vermehrt auch von Regionen aus Tieflohnländern konkurrenziert. Will man in diesem Konkurrenzkampf bestehen, braucht es eine kontinuierliche Produkt- und Prozessinnovation und eine Innovationstätigkeit, die wiederum die räumliche Konzentration von Unternehmen der gleichen Branchen voraussetzt (Cluster). Der Grossraum Bern besitzt in dieser Hinsicht eine hervorragende Ausgangslage: Er besteht aus einem Städtesystem mit der Stadt Bern als Zentrum und verfügt über einmalige raumplanerische Voraussetzungen (Kernstädte, Naturräume, hochentwickelte Infrastruktur wie S-Bahn). Der Grossraum Bern ist auch ein Wirtschafts- und ein Wissensraum, in dem zugleich das politische Zentrum der Schweiz liegt. Um diese guten Entwicklungsperspektiven nutzen zu können, muss der Grossraum Bern längerfristig das Selbstverständnis und das politische Verhalten einer Region entwickeln.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen entstand 2006 der Verein Netzwerk Espace Mittelland als Nachfolgeorganisation der Kantonalen Regierungskonferenz. Beteiligt sind neben den Kantonen Bern, Freiburg, Solothurn und Wallis auch Städte wie Freiburg, Biel und Langenthal sowie Wirtschaftsverbände und Universitäten. Gemeinsames Ziel ist die schrittweise Entwicklung des Grossraums Bern „von unten“ her. In einer ersten Phase waren eine Reihe von grundsätzlichen Fragen zu klären, beispielsweise nach dem Verhältnis des Vereins zu den Kantonen, nach dem Verhältnis von städtischen und ländlichen Räumen im Grossraum Bern und nach dem Einbezug der Wirtschaft und der Städte in die Tätigkeit des Netzwerks. Im Rahmen dieser Evaluationsarbeiten hat sich gezeigt, dass die Strategie der Region Basel, wo sich Städte, Kantone und Wirtschaft vor 45 Jahren zu einer gemeinsamen Entwicklung des Raums entschieden haben, auch heute noch erfolversprechend ist.

Ein Projekt des Netzwerks Espace Mittelland ist das interkantonale Städtenetz Bern, Thun, Freiburg, Biel und Solothurn. In der Vorphase des Projekts 2007/2008 wurde eine Interessenevaluation durchgeführt und festgestellt, wo Handlungsbedarf besteht. Zudem wurden gemeinsame Interessen und Zielsetzungen der beteiligten Akteure definiert mit der Absicht, Ende 2008 über

die weiteren Schritte entscheiden zu können. Aus der Vorphase hat sich als wichtigste Erkenntnis ergeben, dass das interkantonale Städtenetz nicht als ein Projekt „Netz der Städte“ zu betrachten ist, in dem man sich auf die städtischen Interessen fokussiert, sondern als ein Wesensmerkmal des Grossraums Bern, das ihn von anderen, stärker metropolitan geprägten Räumen unterscheidet.

Vom fragmentierten Städtenetz zum dynamischen Wirtschaftsraum

Die Zielsetzungen für die künftige Entwicklung des Grossraums Bern bestehen in der besseren Positionierung des Raums und seiner Teilregionen durch die Stärkung der eigenen Identität, in der Verbesserung der öffentlichen Angebote in Bildung, Verkehr und Kultur und in der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bevölkerung und Wirtschaft. Voraussetzungen für die Erreichung dieser Ziele ist das grundsätzliche Bekenntnis zum Grossraum Bern als zweisprachigem, interkantonalem Wirtschafts- und Lebensraum und die Bereitschaft der Kantone, der Städte und der weiteren Partner zur Investition in diesen Raum. Dazu braucht es starke Partner: Kanton Bern und Nachbarkantone, Stadt Bern als Zentrum der Agglomeration Bern, weitere Städte und Agglomerationen wie Biel, Thun, Freiburg sowie die wichtigen regionalen Institutionen, Verbände und Unternehmen. Durch die Stärkung von regionalen Kompetenzschwerpunkten können Situationen geschaffen werden, die für alle Akteure einen Gewinn bringen und es ermöglichen, das einmalige raumplanerische Potenzial des Grossraums Bern auszuschöpfen.

Bisher fehlen leider fundierte Analysen zum Grossraum Bern, welche die Grundlagen für die künftige Raumentwicklung liefern. Es ist deshalb eine Analyse der Stärken und Schwächen des Grossraums Bern geplant, die sich auf die Schwerpunkte Strukturen und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Technologieraum, Wissensraum und Wohnraum konzentriert. Die Ergebnisse der Studie sollen es erlauben, politikrelevante Folgerungen zur Verbesserung der Standort- und Rahmenbedingungen für Bevölkerung und wirtschaftliche Akteure im Grossraum Bern zu ziehen. Ausserdem lässt sich dadurch vielleicht auch erklären, weshalb Stadt und Agglomeration Bern bevölkerungsmässig wesentlich weniger stark wachsen als andere Regionen. Wichtig ist auch, dass diese Themen im Rahmen von Veranstaltungen (Symposium, regionale Foren) und Projekten aufgegriffen und vermittelt werden, denn es geht letztlich um einen langfristigen Prozess der Bewusstseinsbildung.

3. Workshops zur Agglomerationspolitik

3.1 Workshop I: Einführung in die kantonale Agglomerationsstrategie SARZ

Moderation: Manfred Blaser (AKO)
Sprecher: Walter Bruderer (Ostermundigen)

Teilnehmer/innen: Ignaz Caminada (Köniz), Roland Gatschet (Zollikofen), Martin Graber (Köniz), Irene Moser (Münsingen), Stéphanie Penher (Bern), Roland Rüfli (Ostermundigen), Walter Spahni (Worb).

Ausgangsfragen:

- Die Stimmberechtigten des Kantons Bern haben im Juni 2007 der kantonalen Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ) zugestimmt. Damit ist die Möglichkeit zur Einführung von sogenannten Regionalkonferenzen geschaffen worden. Wie gestaltet sich die konkrete Umsetzung des RK-Modells in der Region Bern-Mittelland im Rahmen des Projekts Bernplus?
- Welches sind die Ziele der künftigen regionalen Entwicklung im Rahmen der Regionalkonferenz und wie stellen sich die Kernstadt Bern und die Regionsgemeinden dazu?
- Das Gemeindegesezt überträgt den Regionalkonferenzen obligatorisch die regionale Raum-, Verkehrs- und Siedlungsplanung, die regionale Kulturförderung und die Aufgaben im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP). Über welche Organe verfügt eine Regionalkonferenz zur Erfüllung ihrer Aufgaben (Regionalversammlung, Geschäftsleitung, Kommissionen) und wie sind die entsprechenden Zuständigkeiten geregelt?
- Das zentrale Organ der künftigen Regionalkonferenz ist die Regionalversammlung. Dort werden die Gemeinden durch ihre Stadt- bzw. ihre Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten vertreten. Über welche Kompetenzen und Mitwirkungsrechte verfügen die kommunalen Parlamente im Rahmen der Regionalkonferenzen? Was ist unter dem sogenannten Behördenreferendum zu verstehen und ist es sinnvoll, dieses beim Parlament anzusiedeln?

Ergebnisse und Diskussion:

Walter Bruderer, Ostermundigen: Angesichts der Tatsache, dass bereits am 17. Mai 2009 die Urabstimmung über die Einführung der Regionalkonferenz (RK), d.h. die neue Verwaltungsstufe zwischen Kanton und Gemeinden, stattfindet, ist es zweckmässig und verdankenswert, dass die interessierten Parlamentarier/innen informiert wurden und darüber diskutieren konnten. Aus unserer Diskussion haben sich folgende Erkenntnisse ergeben:

- Die Anwesenden verfügen über unterschiedlich tiefes und gesichertes RK-Wissen und sind demzufolge unterschiedlich gut oder schlecht auf den baldigen Entscheid in den Gemeinden über die RK-Bildung vorbereitet.
- Als mehr oder weniger problemlos werden die RK-Geschäfte rund um die Kultur oder den Regionalverkehr eingestuft. Nicht mehr problemlos könnte es jedoch werden – die Gemeinden verfügen bekanntlich über kein Vetorecht -, falls RK-Beschlüsse zu Regionalplanung und Siedlungspolitik gefasst würden, die einzelne Gemeinden bevorzugen bzw. benachteiligen. Man denke im Sinne von Beispielen an nicht unproblematische Vorlagen: neue Standorte von Gefängnissen, Atomülllager, Kehrrechtverbrennungsanlagen, Abwasserreinigungsanlagen, Wohnraum für Gutbetuchte oder Schlechtverdienende, Asylanten-Unterkünfte, Immissions-

- verursacher, Ausbau und Benützung von Flugplätzen, Ansiedelung von Einkaufszentren oder Industrie, Linienführung von Bahnen und Strassen usw.
- Obschon die RK versucht, im Interesse aller Gemeinden optimal zu koordinieren und zweckmässig-sinnvoll zu planen, müssen alle Instanzen der Gemeinden zur Kenntnis nehmen, dass sie letztlich vorschriftskonform gefasste RK-Beschlüsse entweder umsetzen, mitfinanzieren oder mit Referendum bekämpfen müssen.
 - Da die Gemeinde- bzw. Stadtpräsidenten ihre Gemeinde in der RK vertreten, ist vermutlich jetzt der letzte Moment gekommen, um eine standardisierte Meinungsbildung innerhalb der Gemeinde zu allen RK-Geschäften festzulegen. Diesbezüglich ist vermutlich nicht in allen Gemeinden für den nötigen Informationsfluss gesorgt worden. Vielleicht nahm man an, es sei Sache von Parteien, Parlamenten, Kommissionen oder gar der Bevölkerung, die eigenen demokratischen Interessen zu wahren und der kommunalen Entscheidungsinstanz geeignete Vorgehensvorschläge zu unterbreiten. Herr Weber hat im Voraus grossen Dank verdient, dass er allen Interessierten den Vorstoss des Berner Parlaments zur Verfügung stellt. Es ist sinnvoll, wenn jede Gemeinde die für sie sinnvolle Instanz rasch schafft (z.B. eine Agglomerations- bzw. RK-Kommission).
 - Von grosser Bedeutung für eine erspriessliche Meinungsbildung innerhalb der Gemeinden und - zwecks Koordination - zwischen den Gemeinden ist es, dass alle Abläufe, auch bezüglich Initiative und Referendum inhaltlich und terminbezogen abgestimmt werden. Wir erwarten deshalb, dass den Gemeinden, ausgehend von den üblichen drei bis vier Abstimmungsdaten, stets ausreichend Zeit eingeräumt wird, um innerhalb der Gemeinde sowie zwischen den Gemeinden eine sorgfältige demokratische Meinungsbildung und Koordination sicher zu stellen.

Aus unserer Sicht muss geprüft werden, was geschieht, wenn ein RK-Beschluss oder eine erfolgreiche Initiative (ausgelöst durch Gemeinden oder Stimmberechtigte) den Kanton materiell oder immateriell bindet (Beispiel: Sofortiger Ausbau des Hauptbahnhofs Bern)?

Walter Spahni, Worb: Ist die RK eine vierte Ebene im Staat? Wie ist die demokratische Legitimation dieser Ebene, auf der nur Vertreter der Exekutiven agieren?

Walter Bruderer: In den heutigen Verbänden (z.B. Wasserverbund) sind gewisse Instanzen auch ausgeschlossen. Die Verbände haben häufig grosse Kredite beschlossen, denen die Gemeinden nur noch zustimmen konnten.

Peter Künzler, Bern: Die Regionalkonferenzen sind ein ganz seltsames Gebilde. Es ist keine vierte Ebene und ist doch eine vierte Ebene. Es ist die Frucht eines pragmatischen Vorgehens, um einen ersten Schritt zu einer besseren und verbindlicheren Zusammenarbeit zu tun.

3.2 Workshop II: Kulturstrategie für den Kanton Bern und regionale Kulturförderung

Moderation: Dannie Jost (AKO)

Sprecher: Eric Westphale (Zollikofen)

Teilnehmer/innen: Ursula Marti (Bern), Ursula Schneider (Münsingen), Gisela Vollmer (Bern), Ursula Wenger (Muri).

Ausgangsfragen:

- Bisher wurde die regionale Kulturförderung im Rahmen einer Regionalen Kulturkonferenz (RKK) organisiert. Neu weist das Gemeindegesetz die regionale Kulturförderung den Regionalkonferenzen als obligatorische Aufgabe zu. Welche Aufgaben übernimmt die RK im Bereich Kulturförderung? Wer entscheidet künftig in welchem Verfahren über die Höhe der finanziellen Beteiligung der Regionsgemeinden an den kulturellen Institutionen?
- Der vom Regierungsrat verabschiedete Konsultationsentwurf der Kulturstrategie für den Kanton Bern sieht eine Neuregelung der Steuerung und Finanzierung der kulturellen Institutionen vor. Dabei werden zwei verschiedene Finanzierungsmodelle zur Diskussion gestellt (Direkte Finanzierung und Steuerung vs. Globalbeitrag). Wie sollen die kulturellen Institutionen in Zukunft von Kanton, Regionen und Gemeinden finanziert und gesteuert werden und ist die vorgeschlagene Kategorisierung der Kulturinstitutionen sinnvoll?
- Der regierungsrätliche Entwurf sieht eine gestaffelte Umsetzung der Kulturstrategie in den kommenden Jahren vor. Welche konkreten Projekte und Massnahmen sind geplant und in welchem Zeitrahmen sollen sie umgesetzt werden?

Ergebnisse und Diskussion:

Eric Westphale, Zollikofen: Wir waren nicht genügend über die Kulturstrategie informiert, um über die Fragen diskutieren zu können, die Thema unseres Workshops sind. Wir waren nicht sicher, woher das Geld eigentlich kommt, das für Kultur ausgegeben werden kann. Wir haben uns gefragt, ob einzelne Projekte unterstützt werden können oder ob es sich bei der Kultur mehr um gebundene Aufgaben handelt. Wer bestimmt, in welche Kategorie ein Projekt eingeordnet wird?

Daniel Weber: Meines Wissens werden nur die Institutionen in Kategorien eingeteilt. Der Kanton bestimmt, ob eine Institution eine nationale, regionale oder eine überregionale Ausrichtung hat. Je nach Ausrichtung fällt die Finanzierung aus. Bei diesem Schlüssel geht es nicht um Projekte, sondern nur um Institutionen.

3.3 Workshop III: Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit im Raum Bern

Moderation: Peter Künzler (AKO)
Sprecher: Peter Künzler (AKO)

Teilnehmer/innen: Pia Aeschimann (Muri), Evelyn Bühler (Köniz), Christian Cappis (Referent), Jacqueline Gafner Wasem (AKO), Niklaus Hofer (Köniz), Urs Maibach (Köniz), Elisabeth Mallepell (Muri), Christoph Salzmänn (Köniz), Hanspeter Stoll (Worb), Fred Wirth (Worb).

Ausgangsfragen:

- Gegenwärtig laufen im Kanton Bern die Vorbereitungen zur Umsetzung der Agglomerationsstrategie SARZ. Das Regionalkonferenz-Modell ist stark von den Exekutiven geprägt, eine direkte Mitwirkung der kommunalen Parlamente in der Regionalversammlung ist nicht vorgesehen. Zudem umfasst die künftige Regionalkonferenz Bern-Mittelland 101 Gemeinden von ganz unterschiedlicher Grösse und Struktur. Wie können die heterogenen Interessen der Gemeinden auf einen Nenner gebracht werden und welche Möglichkeiten zur Weiterentwicklung und Demokratisierung des Regionalkonferenz-Modells gibt es?

- Die Stadt Luzern und die Vorortgemeinde Littau haben im Juni 2007 einem Zusammenschluss ihrer Gemeinden zugestimmt. Ziel ist die Schaffung einer starken Stadtregion Luzern. Bis 2014 sollen weitere fünf Agglomerationsgemeinden dazu stossen und Luzern zur viertgrössten Stadt in der Schweiz mit rund 150'000 Einwohnern machen. Ist eine solche Entwicklung auch im Raum Bern denkbar und wie könnte eine Zusammenarbeit im Rahmen einer „Stadtregion Bern“ konkret aussehen?
- Das Bundesamt für Raumentwicklung ARE unterstützt neben der Agglomerationsstrategie SARZ eine Vielzahl von unterschiedlichen Modellvorhaben zur Agglomerationspolitik, in denen ganz unterschiedliche Formen von regionaler Zusammenarbeit umgesetzt werden. Gibt es weitere Zusammenarbeitsmodelle, die in der Region Bern umgesetzt werden könnten?

Ergebnisse und Diskussion:

Peter Künzler, Bern: In unserer Gruppe waren viele Leute, die an allen oder fast allen Tagungen teilgenommen haben. Wir konnten auf dem Niveau der letzten Tagung starten. Damals haben wir vereinbart, dass wir gewisse Berichte, besonders ein Gutachten über Behördenreferendum und -initiative, das wir als Agglomerationskommission in Auftrag gegeben haben, den andern Gemeinden zustellen würden. Wir haben heute festgestellt, dass das Gutachten gar nicht bei allen Gemeinden angekommen ist. Es ist in irgendwelchen behördlichen Schubladen verschwunden. Wir haben beschlossen, unsere Mail-Adressen auszutauschen, damit das nicht mehr vorkommen kann.

Wahrscheinlich sollten alle Gemeinden mit Parlament eine Art Agglomerationskommission gründen. Ein paar Leute würden diese Aktivitäten übernehmen, kämen hierher, wären auf diesen Mail-Listen, würden selber vielleicht Ideen entwickeln und den andern mitteilen. So würde ein Netzwerk entstehen. Dann kam die Frage auf, was denn mit Gemeinden ohne Parlament geschehen soll. Auch eine Gemeinde ohne Parlament kann einen Ausschuss oder eine Kommission ernennen, die in einem solchen Kreis mitmachen kann. Und einzelne kleinere Gemeinden könnten sich zu einem gemeinsamen Agglomerationsausschuss zusammenschliessen. Auch diesen Ausschuss könnten wir in das Netzwerk integrieren.

Wir haben uns gefragt, ob wir eigentlich nur Bremser sind, ob unser ganzes Netzwerk nur dazu da ist, im Notfall das Referendum ergreifen zu können. Es wurde uns klar, dass das nicht so ist. Zum Beispiel Wankdorf: Ostermundigen und Bern haben ein grosses Gebiet, das durch die Gemeindegrenze geteilt wird. Sie bringen keine gemeinsame Planung zustande. Eine regionale Planung wäre dort vielleicht sinnvoll. Wenn wir an diesem Prozess nicht beteiligt sind, können wir nachher als kommunale Parlamente nicht mehr mitgestalten. Wir müssen auf diese Züge aufspringen. Das ist der wichtigste Zweck der Entwicklung eines Netzwerks. Bei den Verkehrsplanungen hatten die Gemeinden bis anhin auf dem übergeordneten Bereich überhaupt nichts zu sagen. Der Kanton hatte seine Regionalen Verkehrskonferenzen. Das sind vom Kanton ernannte Fachgremien. Sie haben die Verkehrsströme organisiert. Jetzt geht die Verkehrsplanung in die Regionalkonferenzen über. Damit haben wir erhöhte Mitwirkungsmöglichkeiten. Die Agglomerationen Biel und Thun sind im genau gleichen Prozess. Deshalb sollten den Austausch mit ihnen intensivieren.

4. Würdigung durch die Teilnehmer/innen

Jacqueline Gafner Wasem: Wir wären dankbar, wenn die Vertreterinnen und Vertreter der andern Gemeinden uns ein Feedback zu dieser Tagung geben könnten, damit wir nächstes Jahr falls nötig Verbesserungen realisieren könnten.

Ignaz Caminada, Köniz: Wir sind 5 Leute aus Köniz und waren alle oder fast alle schon an den letzten Tagungen dabei. Die Tagung heute war informativ. Aber im Vergleich zu letztem Jahr sind wir keinen Schritt weiter gekommen. Vielleicht wäre es besser, wenn wir an eine nächste Tagung neue Leute schicken würden. So würde das Wissen über SARZ und die Regionalkonferenzen in unserem Parlament breiter gestreut.

Pia Aeschimann, Muri: Danke für die Organisation der Tagung. Ich war an jeder Tagung dabei. Ich weiss heute wieder mehr als noch im vergangenen Jahr. Der Workshop war auch sehr gut. Der Austausch hat stattgefunden und wir sind zum ersten Mal ein wenig konkret geworden, indem wir beschlossen haben, ein Netzwerk zu gründen. In Muri müssen wir sehr auf der Hut sein, damit wir die nötigen Informationen über diesen Prozess erhalten. Wir sind auch auf die Gemeinden ohne Parlament angewiesen, wenn wir im Rahmen der Regionalkonferenz aktiv werden wollen. Wie könnte man sie einbeziehen? Könnte man sie nicht vielleicht auch an die Tagungen einladen?

Jacqueline Gafner Wasem: Die Workshops werden offenbar sehr geschätzt. Wir werden uns überlegen, ob wir allenfalls das nächste Mal den Referatteil zugunsten der Workshops kürzen wollen.

Christian Cappis: Ich bin Gemeindebürger von Wohlen. Bis anhin ging SARZ völlig an der Bevölkerung vorbei. Ich finde es sehr wichtig, dass man beginnt, zusammen zu diskutieren und Netzwerke aufzubauen. Verkehr und Kultur sind für die Bevölkerung sehr interessant. Es wäre wichtig, dass die Region auch bei der Bevölkerung ankommt. Ich werde in meiner Wohngemeinde Hinterkappelen vorschlagen, einen Agglomerationsausschuss zu bilden.

Jacqueline Gafner Wasem: Wir werden uns sicher Gedanken machen, wie wir die Gemeinden in der engeren Agglomeration Bern einbeziehen könnten, die kein Parlament und keinen Agglomerationsausschuss haben. Ich muss allerdings darauf hinweisen, dass unsere Ressourcen begrenzt sind.

Ursula Wenger, Muri: Vielleicht könnten die übrigen Gemeinden die Veranstaltung mitfinanzieren.

Daniel Weber: Die Gemeinden, deren Vertreter wir an unsere Tagung einladen, übernehmen bereits heute einen gewissen Unkostenbeitrag. Bis jetzt haben wir bewusst nur Gemeinden kontaktiert, die über ein Parlament verfügen, gerade weil SARZ so exekutivlastig ist. Aber es ist wichtig, sich Gedanken über den Einbezug der andern Gemeinden zu machen, die über eine Gemeindeversammlung verfügen.

Walter Spahni, Worb: Vielleicht könnte man die nächste Tagung schon im nächsten Frühling veranstalten, damit man sich auf die Urabstimmung über die Einführung der Regionalkonferenz vorbereiten könnte.

Jacqueline Gafner Wasem: Wir nehmen diese Anregung entgegen. Es ist allerdings schon ein wenig spät. Die Abstimmung ist im Mai. Das Material muss drei Wochen vorher verschickt werden. Die AKO hat ihre erste Sitzung 2009 im Februar. Ich weiss nicht, ob da noch Zeit ist, eine solche Tagung zu organisieren. Ich weiss auch nicht, was von Seiten BernPlus oder Kanton vorgesehen ist. Es ist noch gänzlich offen, wer eigentlich der Bevölkerung die Vorlage erklären wird. Meines Wissens haben jedenfalls in Bern noch keine diesbezüglichen Podiumsgespräche stattgefunden.

Ursula Marti: Der VRB muss die Information der Bevölkerung vorbereiten. Das ist seine Aufgabe. Der VRB hat in verschiedenen Gemeinden Informationsveranstaltungen durchgeführt. Das kann nicht die Aufgabe einer Kommission des Stadtrats von Bern sein.

Jacqueline Gafner Wasem: Das ist sicher so. Aber wir könnten uns überlegen, ob wir nicht im März 2009 eine Tagung, vielleicht in etwas kleinerem Rahmen (nur ein halber Tag) veranstalten sollen.

Daniel Weber: Zur Information über SARZ und die bevorstehende Abstimmung: BernPlus hat eine eigene Website www.regionbernplus.ch, auf der man sich sehr gut informieren kann.

Fred Wirth, Worb: Danke für die Tagung. Sie war interessant. Ich denke, wir brauchen die Informationen aus den Referaten. Die Kulturgelder müssen auch den kleinen Institutionen und Projekten zugute kommen. Dafür müssen wir sorgen. Wir müssen uns öffnen und nicht zu kleinräumig denken.

Jacqueline Gafner Wasem: Offensichtlich sind Referate und Workshops nötig. Wir könnten vor der nächsten Tagung die Standardinformationen (über den Stand von SARZ etc.) mit der Einladung verschicken. Wir würden dann davon ausgehen, dass alle, die an der Tagung teilnehmen, das gelesen haben und würden eine Referentin oder einen Referenten einladen, die oder der von Anfang an Fragen beantworten könnte.

5. Fazit und Ausblick der Agglomerationskommission

Wie in den Vorjahren gab auch die vierte Tagung der AKO den Teilnehmenden die Gelegenheit, neue Kontakte mit Parlamentsmitgliedern aus anderen Regionsgemeinden zu knüpfen, bereits bestehende Beziehungen zu vertiefen und sich über die neuesten Entwicklungen der Agglomerationspolitik auf kantonaler Ebene ins Bild setzen zu lassen. Einige „Routiniers“ waren bereits zum vierten Mal dabei, für andere dagegen war es die erste Tagung zur Agglomerationspolitik. Auch wenn die Zahl der Teilnehmer/innen gegenüber dem Vorjahr etwas geringer ausfiel, besteht laut Aussage der teilnehmenden Parlamentsmitglieder weiterhin das Bedürfnis nach Grundlageninformationen zum Thema Agglomerationspolitik und einem gegenseitigen Erfahrungsaustausch. Der bewährte zweiteilige Aufbau der Tagung mit Referaten und Workshops und die erneute Durchführung der Veranstaltung in einer Regionsgemeinde wurden übereinstimmend begrüsst.

Die drei Referate am Vormittag boten einen informativen Einstieg in die Materie und gaben einen Überblick über den aktuellen Stand der Umsetzung von SARZ in der Region Bern-Mittelland mit ihren 101 Gemeinden und die neue kantonale Kulturstrategie mit ihren Auswirkungen auf die künftige regionale Kulturförderung im Rahmen der RK Bern-Mittelland. Zusätzlich lieferte das Referat über das interkantonale Städtenetz Bern-Thun-Freiburg-Solothurn interessante Informationen zu einem regionalpolitischen Projekt, das sich weniger an der Entwicklung von Strukturen als an der Stärkung der regionalen Identität im Grossraum Bern orientiert. Die bessere Positionierung der Region Bern im Wettbewerb der städtisch geprägten Grossräume in der Schweiz ist nur dann möglich, so die These des Referenten, wenn sich alle beteiligten Akteure zum Grossraum Bern als zweisprachigem und interkantonalem Wirtschafts- und Lebensraum bekennen.

In den nachmittäglichen Workshops ergaben sich wie in den vergangenen Jahren interessante und engagierte Diskussionen. Die erstmalige Durchführung eines Einführungsworkshops für SARZ (Workshop 1) hat sich bewährt, denn erneut kamen deutliche Wissensunterschiede zwischen den Teilnehmenden zum Ausdruck. Allerdings muss im kommenden Jahr deutlicher kommuniziert werden, dass sich dieser Workshop explizit an Personen richtet, die sich erstmals mit SARZ befassen. Dadurch lässt sich vermeiden, dass fortgeschrittene Teilnehmer/innen in diesem Workshop mitmachen, ohne dass sich für sie ein Zugewinn an Wissen ergibt. Grundsätzlich sollen keine Veränderungen am Aufbau der Tagung vorgenommen werden, wünschenswert ist allerdings der fallweise Einbezug der Referent/innen als Fachpersonen in den nachmittäglichen Workshops. Dies würde den Teilnehmenden Gelegenheit geben, im Rahmen der Diskussion gezielt Fragen zu stellen und mehr Informationen zu den einzelnen Themen zu erhalten. Im Hinblick auf die nächste Tagung soll zudem geprüft werden, in welcher Weise diejenigen Regionsgemeinden in die Veranstaltung mit einbezogen werden könnten, die nicht über ein Parlament verfügen.

Bern, 4. Dezember 2008

Daniel Weber
Simone Bonjour